



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Platz der Republik 1

**11011 Berlin
Jakob-Kaiser-Haus
Raum 1351**

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 22. November 2012

Bericht aus Berlin 13/2012

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

Diese Regierung ist am Ende. Die Menschen haben ihr Urteil gefällt. Sie haben kein Vertrauen in die Regierung Merkel. Wer es noch immer nicht glaubt, der sollte sich die Zahlen anschauen: 70 Prozent der Deutschen sagen, die Regierung Merkel betreibe nur Klientelpolitik. 65 Prozent sagen, die Regierung Merkel kümmere sich nicht um die Zukunftsprobleme des Landes. Dieses vernichtende Urteil präsentierte laut Medienberichten vom Wochenende die Forschungsgruppe Wahlen der Bundesregierung.

Diese Mehrheit liegt richtig. Chaos, Verantwortungslosigkeit, Blindheit für die großen Aufgaben, Verschleudern der Zukunftsreserven für irrsinnige Wahlgeschenke, finanzpolitische Trickserei und offensichtlicher Wählerbetrug - so taumelt die Regierung Merkel in die Haushaltswoche des Bundestages. Lange hält Deutschland das nicht mehr aus. Wenn dieses Jahrzehnt nicht verloren sein soll, brauchen wir den Machtwechsel im nächsten Jahr. Wir brauchen neuen Mut



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

und neue Hoffnung. Die Menschen haben den verlogenen Schmus satt. Sie wollen einen ehrlichen Neuanfang.

Die unwürdige Griechenland-Heuchelei

Die Tage vor dem Finanzministertreffen der Eurogruppe waren an Heuchelei über die Lage Griechenlands kaum zu überbieten. Merkel schweigt, Schäuble windet sich. Da ist bekannt, dass die deutsche Regierung Griechenland „mehr Zeit“ geben will, um die Schuldentragfähigkeit wieder zu gewinnen. Bekannt ist auch, was das kostet: 32,6 Milliarden Euro. Woher aber soll dieses Geld kommen? IWF-Chefin Christine Lagarde fordert einen Schuldenerlass zu Lasten der öffentlichen Gläubiger. Auch aus der EU-Kommission ist zu hören, man werde am Ende nicht um einen Schuldenschnitt herumkommen. Aus der EZB wiederum heißt es, man brauche ein drittes Hilfsprogramm mit neuen Krediten. Nur die Regierung Merkel glaubt den Leuten weis machen zu können, es gehe ohne neues Geld. Christine Lagarde hat die Mahnung klar formuliert: Es brauche ein Programm, „das heute überzeugt, das morgen tragbar sein wird, das in der Realität und nicht im Wunschenken angesiedelt ist“.

Zum unwürdigen Verhalten von Merkels Kabinett gab es in letzthin einen Kommentar der FAZ, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt: Es würden „Tatsachen vernebelt“, es werde „schöngerechnet“ und „kunstvoll verschleiert“, damit das wahre Finanzloch erst nach der Bundestagswahl erkennbar werde.

Die Wahrheit ist: weil Griechenland durch die ungebremste Rezession noch tiefer in die Schuldenspirale geraten ist, braucht es mehr Zeit, um die Schuldentragfähigkeit wieder zu gewinnen. Tatsache ist: mehr Zeit kostet mehr Geld. Schäuble und Merkel verschweigen den Deutschen, woher es kommen soll. Sie lehnen den Schuldenschnitt ab, sie schließen neue Kredite aus - aber vom Himmel werden die 33 Milliarden nicht fallen. Das ist das immer wiederkehrende Muster Merkels: unwahrhaftig, verdrückt, entscheidungsunfähig, ein Spiel auf Zeit aus Angst vor dem Machtverlust. Spiegel-Online hat diese Lügengeschichte noch einmal nachgezeichnet:

[HTTP://WWW.SPIEGEL.DE/POLITIK/DEUTSCHLAND/MUENCHHAUSEN-CHECK-MERKEL-UND-SCHAEUBLE-UEBER-DIE-EURO-KRISE-A-867147.HTML](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/muenchhausen-check-merkel-und-schaeuble-ueber-die-euro-krise-a-867147.html)

Dies ist ein gefährliches Vabanque-Spiel, denn es ist bislang immer die Europäische Zentralbank gewesen, die Kredite bereitgestellt hat. Die Regierung Merkel spekuliert auf gute Noten in den Meinungsumfragen, bringt Europa gegen sich auf, führt die deutschen Steuerzahler an der Nase herum und verschweigt die immer höher sich türmenden finanziellen und europapolitischen Kosten ihres Handelns. Die Rechnung dafür wird uns mit Sicherheit präsentiert. Nur soll das nicht vor dem Wahltermin geschehen. Ich zweifle, ob das gelingt. Im vorgelegten Haushaltsentwurf ist für die großen Risiken der Eurokrise keine Vorsorge getroffen. Doch diese Verschleierung wird keine zehn Monate mehr durchzuhalten sein.



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Der Haushalt 2013: Schwarz-Gelb zehrt von den Früchten der Vergangenheit und lebt auf Kosten der Zukunft

Schwarz-Gelb, so heißt es, habe seit 2010 mehr Glück als Verstand gehabt. Tatsächlich sind der unfähigsten Regierung in 60 Jahren Bundesrepublik die größten fiskalischen Spielräume in den Schoß gefallen. Für den Zeitraum bis 2013 konnte Schwarz-Gelb - dank Strukturreformen und Krisenmanagement der Vorgängerregierungen - über Mehreinnahmen und Minderausgaben von 126,5 Milliarden Euro verfügen. Allein die Mitnahme von Niedrigzinsen für Deutschland durch Kapitalflucht aus den Krisenländern des Euro hat mehr als 18 Milliarden Euro gebracht. Was für eine Erbschaft, die Union und FDP da in die Hände fiel! Schwarz-Gelb hat dieses Geld mit einer Politik ohne Morgen durchgebracht wie eine trunkene Bande von Halbstarke.

Zu Recht knöpft sich der Sachverständigenrat diese Bundesregierung vor und warnt vor mangelnder Zukunftsvorsorge und unzureichenden Konsolidierungsanstrengungen. Eine Legislaturperiode, die mit dem Klientelgeschenk der Mövenpick-Steuer begann, endet jetzt mit dem bildungspolitischen Irrsinn des Betreuungsgeldes. Eine Legislaturperiode, in der die Steuereinnahmen wieder auf Rekordniveau geklettert sind, hat zur gleichen Zeit neue Schulden von 112 Milliarden Euro gebracht und endet mit einem Finanzplan, der die Generationenbürde der jährlichen Zinszahlungen von 31 Milliarden Euro in 2013 auf 41 Milliarden Euro in 2016 steigen lässt.

Schwarz-Gelb kaschiert die Verschwendung - das ist konservative Tradition - durch den Griff in die Reserven der Sozialversicherungen. Geplündert wird der Gesundheitsfonds, dem bis 2014 rund 6,5 Milliarden Euro entzogen werden, durch Kürzungen beim Bundeszuschuss und durch Kompensation der Praxisgebühr. Gesamtgesellschaftliche Leistungen sollten aus Steuermitteln finanziert werden. Schwarz-Gelb aber verschiebt jetzt die Milliarden, um den Haushalt zu schönen. Das erweckt den Anschein, dass aus dem Gesundheitsfonds ein Sonderkonto für die Gegenbuchung von Wahlkampf geworden ist. Ausgezehrt werden die Reserven der Rentenversicherung durch eine nicht nachhaltige Beitragssatzsenkung, die schnell auch dem Bundeshaushalt sonst nötige Rentenzuschüsse sparen soll. Der Präsident der Deutschen Rentenversicherung, Herbert Rische, hat zu Recht gemahnt, dass das schnelle Schwinden der Reserven in der Rentenkasse unter den Vorzeichen der Schuldenbremse zum gesamtstaatlichen Finanzrisiko wird. Geplündert wird nicht zuletzt die aktive Arbeitsmarktpolitik. Von 2011 bis 2016 sollen sich die Einschnitte auf 36,5 Milliarden Euro summieren. Damit geht Schwarz-Gelb im Blindflug in die absehbaren Turbulenzen einer lahmen Konjunktur mit scharfen Absatzeinbrüchen der deutschen Industrie. 2009 hatte die Bundesagentur für Arbeit eine Rücklage von 17 Milliarden Euro. Wir konnten das Kurzarbeitergeld stemmen, das Millionen von Arbeitsplätzen gerettet hat. Für 2013 und 2014 wird es eine Reserve nach dem Willen der Bundesregierung nicht geben.

Dazu kommt der Bankraub bei der KfW. Wie schon bei der Bahn AG, die auf Kosten ihrer Investitionen jedes Jahr eine halbe Milliarde Euro an den Bundesfinanzminister überweisen muss, zapft Schwarz-Gelb jetzt auch die Investitionsreserve der Förderbank an. Mit einer Milliarde Euro soll die KfW schwarz-gelbe Haushaltslöcher stopfen.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Rechnung wird den Bürgern später präsentiert: wenn die Sozialversicherungen die Demografielast spüren und Beiträge sprunghaft wieder angehoben werden, wenn die Wirtschaft ins Stocken gerät, wenn die Bundesagentur für Arbeit ins Defizit geht, wenn die Steuereinnahmen ausbleiben und wichtige Leistungen von Kommunen gestrichen werden. Denn das hat der Sachverständigenrat Merkel auch ins Stammbuch geschrieben: Mit den Wachstumsraten der letzten drei Jahre ist es erst einmal aus. Wo es im letzten Jahr noch 3 Prozent Wachstum gab, wird es schon 2012 gerade noch 0,8 Prozent geben, und auch 2013 wird es nicht mehr.

Die Bürgerinnen und Bürger haben also Recht mit ihrem vernichtenden Urteil über diese Regierung: Die Koalition hat das Erbe guter Jahre wie besoffen durchgebracht, sie hat abgewirtschaftet und droht das Land mit hinabzureißen. Schwarz-Gelb gehört in die Ausnüchterungszelle der Opposition!

Zur Gewalt im Nahen Osten

Die Meldungen haben sich verdichtet, die Türkei fordere die Unterstützung der Nato für die Grenzsicherung zu Syrien an. Die Türkei ist unser Nato-Partner und hat Anspruch auf Unterstützung, wenn ihr Staatsgebiet und ihre Bürger angegriffen werden und ernsthaft bedroht sind. Ob das der Fall ist, darf in der hochgefährlichen Lage im Nahen und Mittleren Osten nicht leichtfertig entschieden werden. Vor allem muss bei jedem Schritt bedacht werden, ob nicht Öl ins Feuer gegossen wird. Deshalb sollte die Bundesregierung in dieser heiklen Frage nicht herumschwadronieren. Sie muss denen gegenüber, die entscheidungsbefugt sind, den Abgeordneten des Bundestages, offenlegen, welche Anforderungen aus der Türkei vorliegen und wie sie die Stationierung von Patriot-Systemen in der Gesamtlage beurteilt. Der Bundestag wird dann verantwortlich entscheiden.

Anlass zur Sorge bereitet vor allem auch die Eskalation der Gewalt zwischen der Hamas und Israel. Israel hat jedes Recht, sein Territorium und seine Bevölkerung gegen den Raketenbeschuss aus dem Gazastreifen zu schützen. Die neuerliche Verschärfung der Lage zeigt aber auch: Mit den Veränderungen in großen Teilen der arabischen Nachbarschaft ist Israels Lage nicht einfacher geworden. Die Gefahr, dass aus regional begrenzter Gewalt ein nicht beherrschbarer Flächenbrand im gesamten Nahen und Mittleren Osten wird, ist größer als früher. Wir brauchen dringend einen neuen Anlauf im Nahostfriedensprozess. Die Bundesregierung ist in der Pflicht, mit eigenen Ideen und Initiativen neue Verhandlungen zu unterstützen und zu erleichtern.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

II. Zur Woche

Zur abschließenden Lesung des Bundeshaushalts 2013 legen wir mit unserem Entschließungsantrag eine Alternative zur verantwortungslosen Haushalts- und Finanzpolitik von Schwarz-Gelb vor:

Haushalt strukturell ausgleichen und nachhaltiges Wachstum ermöglichen

Deutschland steht vor gewaltigen politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Herausforderungen. Deutschlands Zukunft wird von zu hohen Schulden und einer sinkenden Investitionsquote bedroht: Der Bund ist mit knapp 1.200 Milliarden Euro verschuldet; die Schulden des Gesamtstaates summieren sich auf knapp 2.000 Milliarden Euro. Bundesfinanzminister Schäuble wird in seiner Amtszeit 112 Milliarden an neuen Schulden zu verantworten haben. Im nächsten Jahr wird die Regierung 17,1 Milliarden neue Schulden aufnehmen. Und auch das wird nur mit Buchführungstricks und dem Rückgriff auf den Gesundheitsfonds und die Rentenkasse sowie die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gelingen. Dabei hat der Bund dieses Jahr Steuermehreinnahmen und verringerte Zinsausgaben. Das **Finanzierungskonzept der SPD „Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung. Wir denken an Morgen!“** sieht einen strukturell ausgeglichenen Haushalt für 2013 bei einer Neuverschuldung von nur 7,8 Milliarden Euro vor. Der Bund soll jährlich 2 Milliarden Euro mehr in Bildung und Ausbildung investieren. Die Investitionen in Infrastruktur und in die Energiewende werden um jährlich 3 Milliarden Euro angehoben. Die finanzielle Situation der Kommunen wird mit jährlich 6,4 Milliarden Euro verbessert und durch einen kommunalen Investitionspakt von 2 Milliarden Euro unterstützt. Diese Maßnahmen werden gegenfinanziert mit dem wirtschafts- und sozialverträglichen Abbau von Subventionen, der Modernisierung der Verwaltung sowie einer moderat höheren Steuerbelastung für sehr hohe Einkommen und Vermögen. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, ein höherer Abgeltungssteuersatz für Kapitaleinkünfte, ein höherer Spitzensteuersatz bei der Einkommenssteuer tragen zur Konsolidierung des Haushaltes bei. Damit setzt die SPD klare Prioritäten beim Schuldenabbau, bei Bildung, Forschung und Entwicklung, der Handlungsfähigkeit von Städten und Gemeinden, bei Infrastruktur und Energiewende.

Beschneidung von Jungen regeln

Seit dem Urteil des Kölner Landgerichts vom 7. Mai 2012 über die Beschneidung eines Jungen aus religiösen Gründen besteht Rechtsunsicherheit. Die Fraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD haben die Bundesregierung in einem gemeinsamen Antrag aufgefordert, eine gesetzliche Regelung zu schaffen. Eine medizinisch fachgerechte Beschneidung von Jungen ohne unnötige Schmerzen soll zulässig sein.

Der **Gesetzentwurf der Bundesregierung** sieht vor, dass Eltern in die Beschneidung ihres minderjährigen Sohnes einwilligen können, wenn diese nach den Regeln der ärztlichen Kunst durchgeführt wird. Dies gilt auch, wenn die Beschneidung medizinisch nicht erforderlich ist. Wenn durch die Beschneidung das Kindeswohl gefährdet ist, dürfen die Eltern nicht einwilligen. Jedoch muss der Zweck der Beschneidung bei der Definition des Kindeswohls berücksichtigt werden. In den ersten sechs Monaten nach der Geburt dürfen auch von einer



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Religionsgemeinschaft bestimmte Personen die Beschneidung vornehmen. Sie müssen aber besonders ausgebildet und wie ein Arzt oder eine Ärztin dazu befähigt sein.

Der **Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der Bundesregierung** schlägt einige zusätzliche Regelungen vor. Eine Ärztin oder einen Arzt muss die Eltern vor der Beschneidung über den Eingriff aufklären. Dies gilt auch, wenn die Beschneidung selbst von einem nicht-ärztlichen Beschneider durchgeführt wird. Zudem sind die Ausbildungs- und Prüfungsinhalte nicht-ärztlicher Beschneider einheitlich zu regeln. Für die Durchführung der Beschneidung müssen allgemeine Standards gelten. Eine qualifizierte Schmerzbehandlung und Nachsorge sowie eine angemessene und wirkungsvolle Betäubung sind zu gewährleisten. Die Feststellung der gesundheitlichen Unbedenklichkeit des Eingriffs muss standardisiert und konkretisiert werden. Der Wille des Kindes soll unabhängig von seinem Alter berücksichtigt werden. Und schließlich soll die Wirkung des Gesetzes evaluiert werden.

Der **Gruppen-Gesetzentwurf** sieht vor, dass Eltern in die Beschneidung ihres Sohnes einwilligen können, auch wenn sie medizinisch nicht erforderlich ist. Der Sohn muss das 14. Lebensjahr vollendet haben und in die Beschneidung einwilligen. Wenn jedoch durch die Beschneidung das Kindeswohl gefährdet ist, reicht auch die Einwilligung des Betroffenen nicht aus. Zudem ist die Beschneidung von einer Fachärztin oder einem Facharzt für Kinderchirurgie oder Urologie durchzuführen.